

Gedenkstättenbesuche dürfen nicht verpflichtend sein – Vorstoß von Ministerin Ernst irritiert

Am vergangenen Wochenende forderte Ministerin Ernst im Rahmen eines Besuches des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz einen verpflichtenden Gedenkstättenbesuch für alle Brandenburger Schüler*innen („Pflicht statt Empfehlung“, MOZ, 4.2.2023). Dies löste im Landesjugendring Irritationen aus.

„Die Betroffenheit der Ministerin können wir sehr gut nachvollziehen. Den Vorschlag verpflichtender Gedenkstättenbesuche unterstützen wir jedoch nicht.“ so Melanie Ebell, Geschäftsführerin des Landesjugendring Brandenburg.

Bereits 2018 haben die Mitgliedsverbände des Landesjugendring einen Beschluss auf den Weg gebracht, welcher eine jugendgemäße historisch-politische Bildung für Jugendliche fordert und die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit fußt. Pädagogische Mitarbeiter*innen in Jugendverbänden und Jugendbildungsstätten sowie auch in den Gedenkstätten wissen um die Notwendigkeit einer guten Vor- und Nachbereitung eines Gedenkstättenbesuches. Sie wissen um die Bedeutung der Einbettung eines solchen Besuches in pädagogische Vermittlungskonzepte, die auch den Sozialraum und damit die lokale Geschichte der eigenen Region im Nationalsozialismus und den Gegenwartsbezug herausstellen.

Mit dem Konzept der lokalen Jugendgeschichtsarbeit ermöglicht der Landesjugendring hier seit Jahren diese freiwillige Auseinandersetzung mit der Geschichte, vielfach in Kooperation mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Dies ist beispielgebend für andere Bundesländer und bietet Jugendlichen darüber hinaus in vielfältigen Projekten die Möglichkeit, sich vertiefend mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Der Landesjugendring bildet seit Jahren Multiplikator*innen als Projektbegleiter*innen aus und schafft ein Bewusstsein dafür, warum gerade in der historisch-politischen Bildung demokratische Lernprozesse und nicht der Zwang sinnvoll sind.

Statt also (wiederholt) über verpflichtende Gedenkstättenbesuche für Schüler*innen zu sprechen, sollten die vielfältigen bereits vorhandenen Ansätze der historisch-politischen Bildung im außerschulischen Kontext gestärkt werden. Die Jugendverbände, kommunalen Jugendringe und Jugendbildungsstätten im Land Brandenburg stehen der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport hierbei gern als verlässliche Partner zur Seite, um eine jugendgerechte Erinnerungsarbeit im Land Brandenburg zu verstetigen und auszubauen.

Mehr Informationen zur historisch-politischen Bildung des Landesjugendring unter: www.ljr-brandenburg.de/zeitwerk/

Beschluss 2018: https://www.ljr-brandenburg.de/wp-content/uploads/2018/07/180630_Beschluss_spannendehistorisch_politische_Bildung.pdf

Pressekontakt:

Claire Dörfer - Landesjugendring Brandenburg, claire.doerfer@ljr-brandenburg.de, Tel: 0331-620 75 31